

Kurzschlussbehandlungen im clash of civilisations

- Ein Mehrebenenansatz mit Grenzen im Konfliktmanagement



GRG e.V.

giz Rückkehrergemeinschaft



Das größte Flüchtlingslager der arabischen Welt steht in Jordanien. In Zaatari betreut das UN-Flüchtlingshilfswerk 80 000 Syrer.

Foto AP

Dr. Gerhard Metschies / GRG, Schützenstr. 50 56154 Boppard,
gerhard.metschies@metschiesconsult.com www.metschies.com

Tel.: 06742-8437091
bzw. 0173-8158 299

Kurzschlussbehandlungen im clash of civilisations

- Ein Mehrebenenansatz und Grenzen im Konfliktmanagement -

Gliederung

0. Vorstellung des Referenten

1. Einstieg: Scheitern bisheriger Kriegs- und Friedens -
Interventionen: Afghanistan, Irak, Libyen, Süd-Sudan

2. Diagnose:

2.1 Der clash nach Huntington

2.2 Der clash im Entwicklungsland (Ruanda-Filmausschnitt)

2.2.1 Der Mehrebenenansatz des künftigen und des
historischen Wachstums, Beispiele interkultureller Differenzen)

2.2.2 Die "Geländerfunktionen" von Fortschritt und Tradition

2.3 Der clash bei uns: Flüchtlingsproblematik und Ursachenforschung

2.4 Grenzen des Konfliktmanagements

3. Folgerungen für Konfliktmanagement und EZ

3.1 Stärkung der UN – Treuhandfunktionen (Burundi, Somalia, etc.)

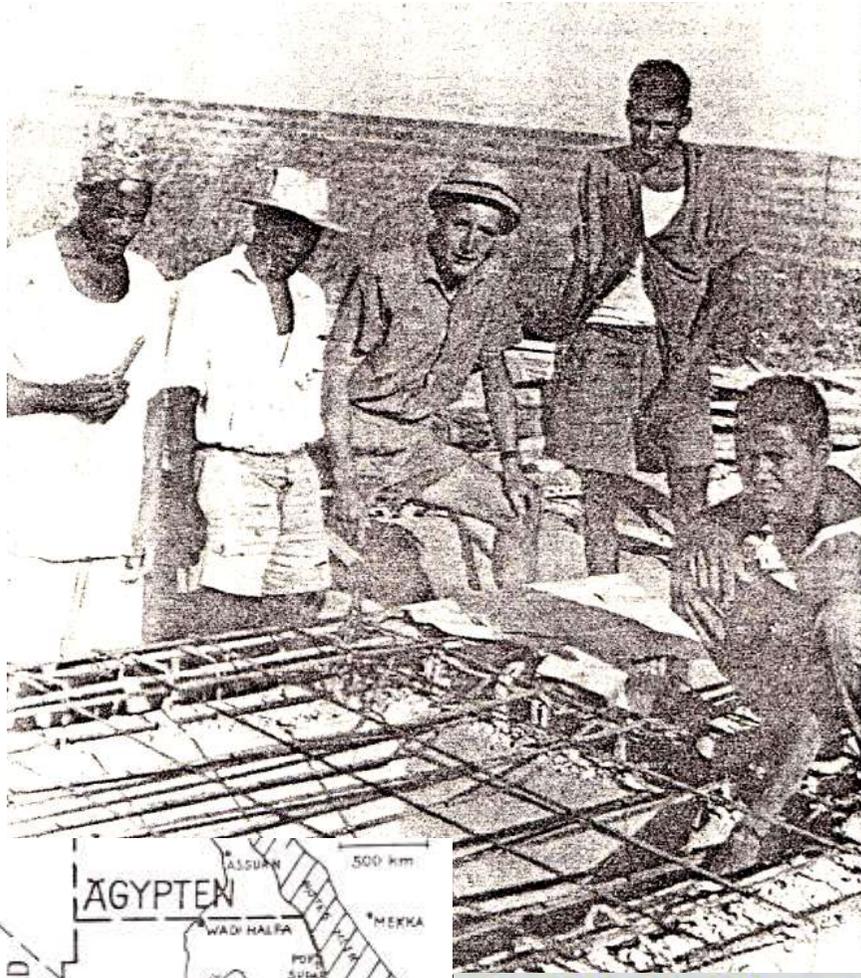
3.2 Änderung der OECD- Kriterien für EZ (vom Abfluss-zum Zufluss)

3.3 Neu-Orientierung der EZ – (Focus Arbeitslosigkeit in LDCs)

3.4 Aufbau einer Weltflüchtlingsordnung (mit Regionalisierung)

4. Diskussion

Arbeiter aus dem Sudan: Vor 50 Jahren und heute



Soziale Probleme
auf einer
Großbaustelle
im Sudan

Gerhard Metschies
1964, ASA- SUDAN



Letzte Formalitäten: Die von der Bundesrepublik nach Kassel geholten Flüchtlinge stehen im Flughafen für die Passkontrolle an.

Resettlement-Flüchtlinge aus dem Sudan in Kassel-Calden angekommen.

Programm wird seit dem Jahr 2012 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge **bamf** durchgeführt. "Ziel ist, dass sie bleiben".

Es gilt das Zuwanderungsgesetz vom 30.7.2004 "Mit diesem Gesetz wird erstmals ein Rechtsrahmen vorgegeben, durch den die Zuwanderung im Ganzen gesteuert und wirksam begrenzt werden kann. Gleichzeitig werden erstmals Maßnahmen zur Integration der auf Dauer rechtmäßig in Deutschland lebenden Zuwanderer gesetzlich verankert."

Vorstellung des Referenten

Gerhard Metschies

Dipl.-Ing. Dr. techn. - Gutachter

1939 geb. in Magdeburg, 1944 Bombardierung in Merseburg

1947 SBZ-Flüchtling, bei Salzwedel mit Schleuser in die Westzone, (illegal in Ebstorf bei Ülzen)

bis 1950 drei Volksschulen in Merseburg, Ebstorf, Moers

bis 1959 drei Gymnasien: Moers, Koblenz, Wuppertal. Abitur mit Latein, Alt-Griechisch, Englisch, Französisch

1959 einjähriger Wehrdienst als Reserveoffiziersanwärter, sechsmonatiges Baustellen-Praktikum als Hilfsarbeiter

1960-67 Studium des Bauingenieurwesens, Städte- und Strassenbau an der TH **Aachen**, Dipl.-Ing.

Semesterferien als DSG-Kellner im Interzonenzug, Schiffsjunge bei Woermann-Linie nach Ghana, Nigeria, Kamerun

1963 Austauschpraktikant AIESEC beim State Highway Dpt. in Denver/ **Colorado/USA**, Reisen durch USA und Mexiko

1964 Arbeits- und Studienaufenthalt (ASA) des ISSF in Ägypten und **Sudan**, Reisen durch Ruanda, Burundi, Tanzania, Kenia

1965 Heimsprecher und Tutor im DEMAG-Kolleg Aachen,

Seit 1968 verheiratet mit Lehrerin, 4 Söhne

1967-1972 Rhein-Ruhr Consulting Büro Dortmund (Niederlassungsleiter Straßenbau in **Burkina Faso** und in **Ruanda**)

1972-1975 Haile Sellassie Universität **Addis Abeba**, Ass.Prof., Leiter der Bauingenieur-Abteilung (deutsches GAWI-Projekt)

1976-77 Promotion an der TU **Wien** (Techn.-wirtschaftl. Grenzen des afrikan. Landstraßenbaus), Dr. techn.

1976-2004 Deutsche Technische Zusammenarbeit (GTZ). In allen Sparten des Verkehrswesens

Projektplanung und –inspektion von Strassen und Verkehrsgesellschaften in Afrika (insbes. **Ghana, Sierra Leone, ZAR, Ruanda**), Lateinamerika, Asien, Nahost, **Kirgistan, China etc.**, Beratung von Verkehrsministerien, Hauptgebiet

Finanzierung und Organisation des Verkehrswesens, Herausgeber des internationalen Benzinpreis- und

Treibstoffsteuervergleichs für 130 Länder, mit Artikel in Foreign Affairs), Referent der International Road Federation IRF in China, Thailand, Kambodscha

1981-1993 Gemeindevertreter in **Liederbach**, Leiter des Bauausschusses, 4 Jahre Parteivorsitzender

1980-2010 Gutachter für deutsche Institutionen, Asiatische Entwicklungsbank **Manila (Laos)**, mehrfach Weltbank (**Tanzania, Mozambik, Sambia, Kirgistan**), Osteuropa-Bank-London (**Russland**), EU (**Benin, Ruanda**), GIZ-IS (**Burkina**)

1985 -2013 Lehrbeauftragter (TH **Stuttgart**, FH **Hildesheim** und **TU München**),

Seit 2004 Beratungsbüro in Kelkheim, 2004 **GRG-Mitglied**, seit 2007 im Philosophie-Forum Kelkheim

2009 Besteigung des Kilimandscharo

Seit 2013 Landhaus in Boppard am Rhein

www.metschies.com

1. Das Scheitern bisheriger Kriegs- und Friedensinterventionen

UN prangern Kriegsgreuel in Südsudan an

FAZ 12.3.16

Vergewaltigungen als Ersatz für Sold / Ein Viertel der Bevölkerung auf der Flucht

tos. JOHANNESBURG, 11. März. Nach Einschätzung der Vereinten Nationen ist die Lage der Menschenrechte nirgends schlimmer als in Südsudan. Das sagte der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Raad Al Hussein, am Freitag bei der Vorstellung eines Berichts über die Situation in dem seit 2013 von einem Bürgerkrieg heimgesuchten Land. Unter anderem beschuldigen die UN die südsudanesische Regierung, ihre Soldaten zu Vergewaltigungen anzustacheln und dies als Ersatz für nicht bezahlten Sold zu betrachten. „Das funktioniert nach dem Prinzip: ‚Macht, was ihr wollt, und nehmt, was euch gefällt‘“, sagte Al Hussein.

Die Liste der Monstrositäten ist lang. In dem Bericht ist von Zivilisten die Rede, die bei lebendigem Leib verbrannt wer-

den, und von Bauern, die so lange in einen Container gesperrt wurden, bis sie erstickten. Wer der falschen Ethnie angehört, riskiere, kastriert zu werden, und das ebenfalls dokumentierte Zerteilen von Leichen nehme beinahe schon kannibalistische Züge an.

Wie viele Menschen in den zwei Jahren, die dieser Konflikt inzwischen andauert, getötet wurden, entzieht sich jeder Kenntnis. Schätzungen zufolge sollen es bis zu 300 000 Tote sein. Diese Ungenauigkeit hat mit der Vehemenz der Auseinandersetzung zu tun. Selbst die UN-Blauhelmsoldaten, deren Präsenz in Südsudan mit 12 000 Soldaten signifikant ist, sind beinahe ausschließlich mit Eigenschutz beschäftigt. Erst am vergangenen Mittwoch war ein südafrikanischer UN-

Soldat an den Folgen seiner Schussverletzungen gestorben, nachdem seine Patrouille angegriffen worden war. Den internationalen Hilfsorganisationen ergeht es nicht besser: Dreißig ihrer Mitarbeiter wurden seit Beginn des Krieges getötet. Die einzig halbwegs gesicherte Zahl in diesem Konflikt ist die der Vertriebenen: 2,3 Millionen Südsudanesen sind auf der Flucht. Das entspricht einem Viertel der Bevölkerung des Landes.

Obama nennt Libyen seinen größten Fehler

FAZ 12.4.16

F.A.Z. FRANKFURT, 11. April. Der amerikanische Präsident Barack Obama hat die gescheiterte Nachkriegspolitik nach dem Sturz des libyschen Gewaltherrschers Muammar al Gaddafi als den „wahrscheinlich“ größten Fehler seiner Amtszeit bezeichnet. In einem am Sonntagabend ausgestrahlten Interview mit dem konservativen Sender Fox News verteidigte Obama jedoch die Entscheidung, in Libyen zu intervenieren. Seiner früheren Außenministerin und der Bewerberin um seine Nachfolge, Hillary Clinton, sprang Obama auch in der E-Mail-Affäre zur Seite. Clinton sei nachlässig gewesen, als sie Dienst-E-Mails über ihren privaten Server verschickt hatte, habe damit aber nicht die Sicherheit des Landes aufs Spiel gesetzt, so Obama.

Der Krieg im jüngsten Staat der Erde, der 2011 unabhängig wurde, brach im Dezember 2013 aus, als der ehemalige stellvertretende Präsident Riek Machar versuchte, Präsident Salva Kiir zu stürzen. Nach einem Friedensvertrag im August 2015 ist der Krieg inzwischen wieder voll entbrannt. (Kommentar Seite 8.)

2.1 Weltkarte nach Huntington – Kampf der Kulturen (Clash of Civilisations)

Die Konfrontation zwischen den acht Haupt-Kulturblöcken



Visionär: Samuel P. Huntington

Huntington-Thesen:

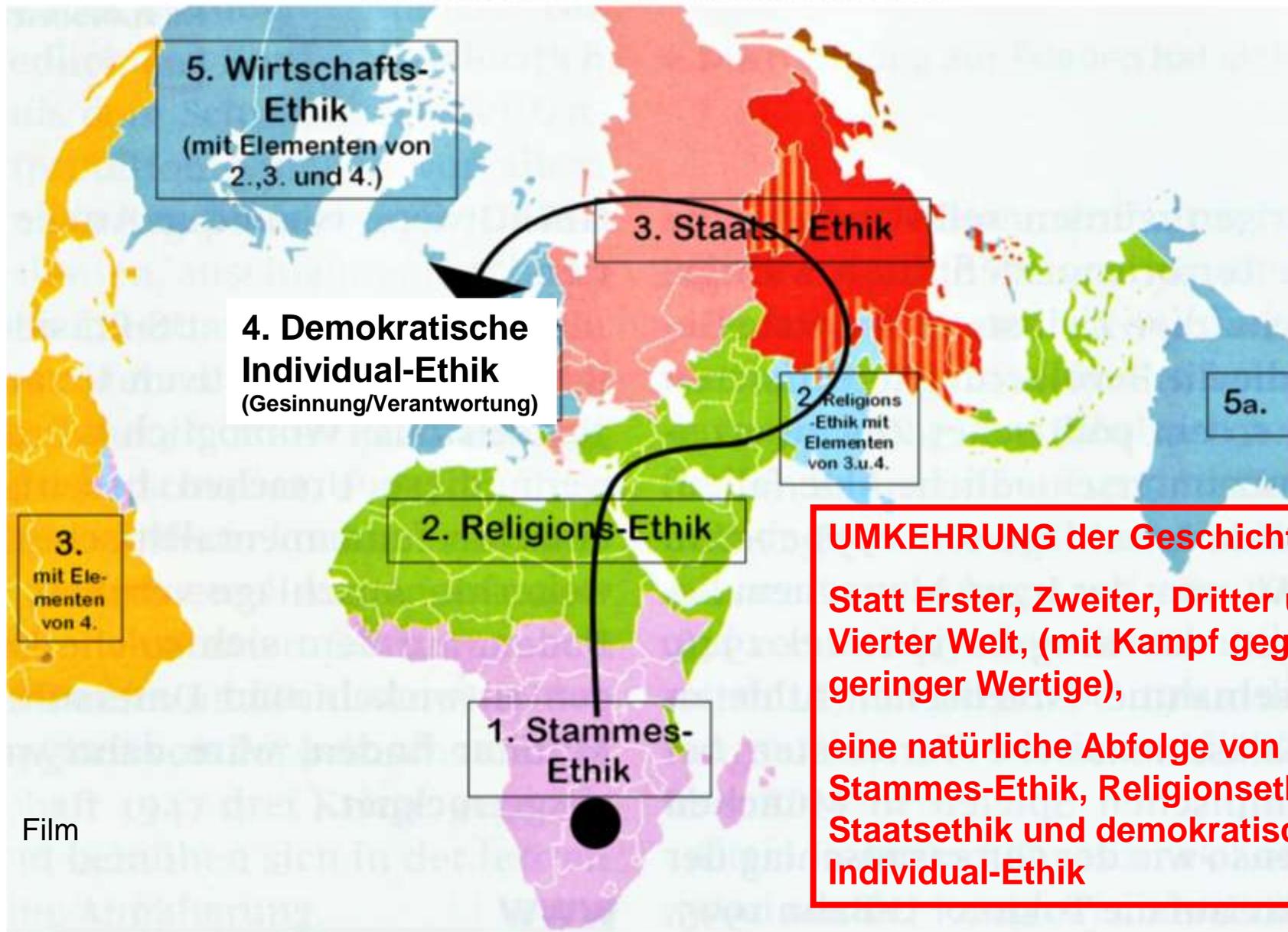
- 9/11 war Angriff gemeiner Barbaren
- Die Gegenwart ist eine Epoche der Muslim-Kriege
- Gefühl der Demütigung bringt Araber zur Aggression
- The Rest against the West

ferner:

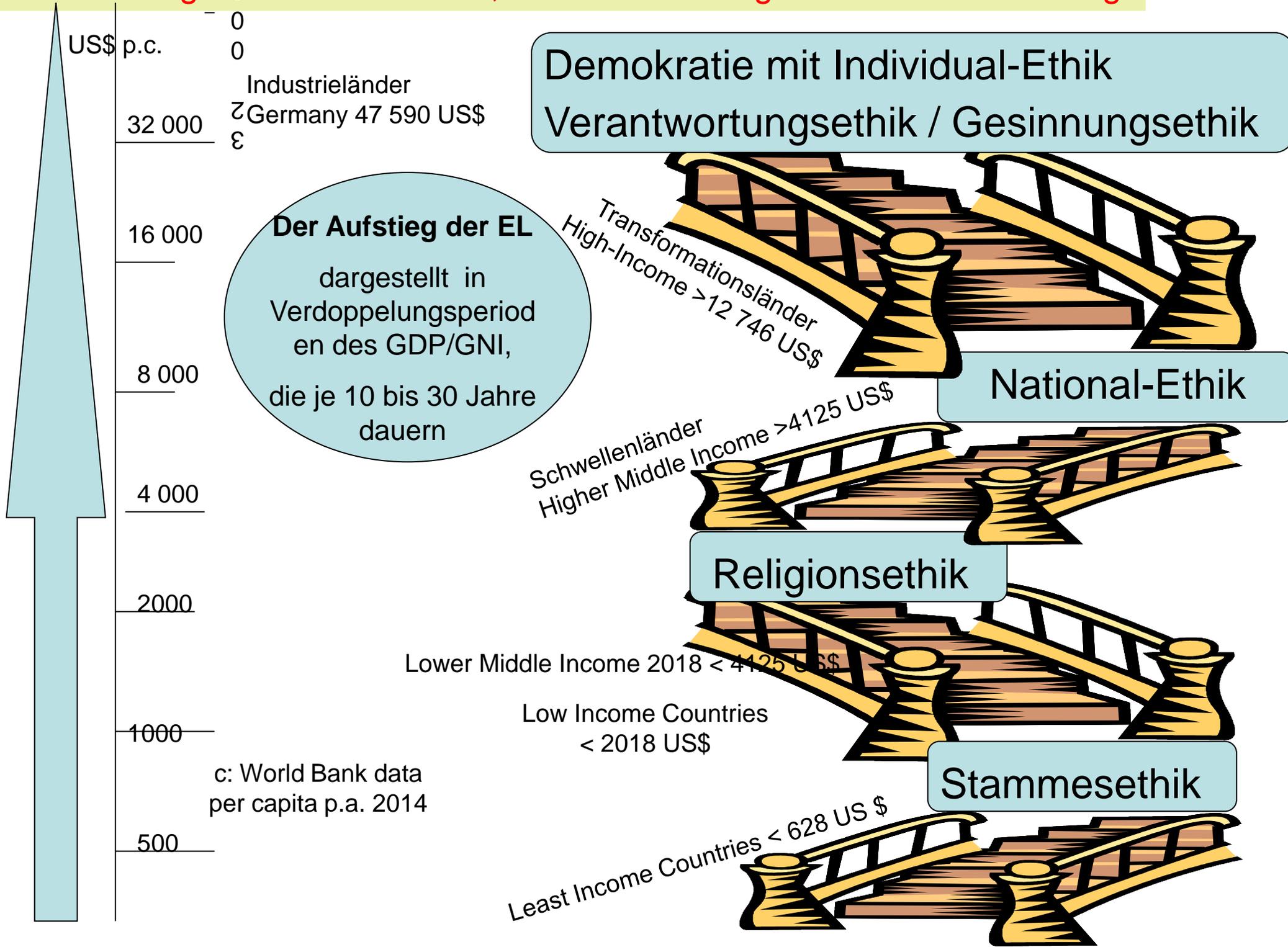
- auf Europa gibt Huntington nicht viel
- der alte Kontinent werde mit der Immigration nicht fertig
- > **Thema des Vortrages: Hat Europa Lösungen anzubieten ?**

2.2 Vom Nebeneinander zum Nacheinander: eine ZEITliche Abfolge von Epochen

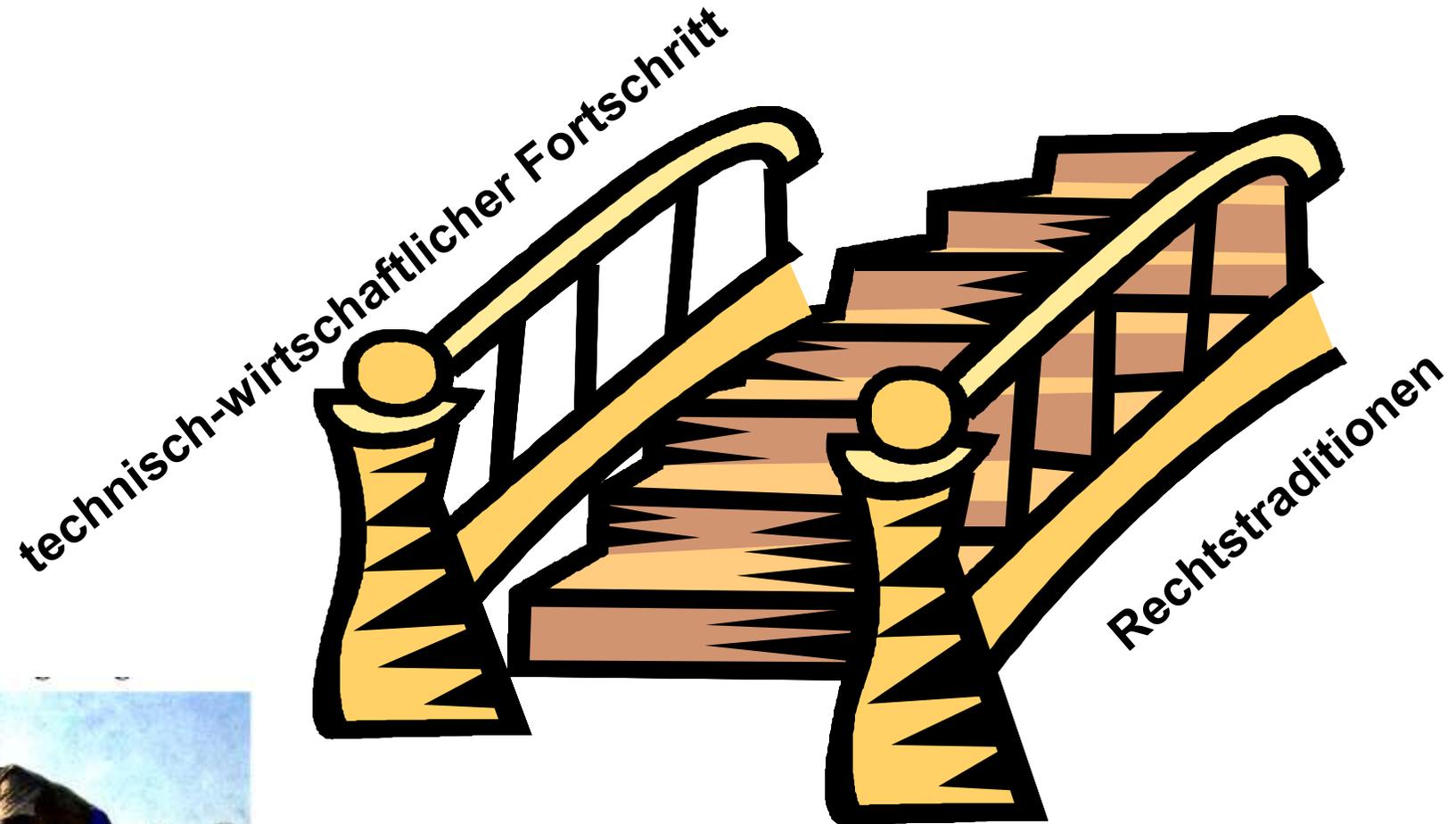
Eine europäische Sicht: Die Evolution von Kulturen in der Zeit



Konfliktmanagement interkulturell, in Zeiten von Migration und Entwicklung



2.2. Die "Geländerfunktionen" von technisch-wirtschaftlichem Fortschritt und Rechtstradition



Die Agrarwirtschaft in Malawi ist noch traditionell, in der A&B-Bekämpfung ging es mit deutscher Unterstützung voran.

2.3 Ursachenforschung bei uns

Frankfurter Allgemeine Bürgergespräch

Die Ursachen der Flucht

Krieg, Armut, Klimawandel: Was lässt sich dagegen tun?

Bärbel Dieckmann, Präsidentin der Deutschen Welthungerhilfe,
Tanja Gönner, Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit GIZ,
und Thomas Scheen, F.A.Z.-Korrespondent für Afrika,
im Gespräch mit F.A.Z.-Herausgeber Werner D'Inka.

Montag, 9. November 2015, Einlass 19 Uhr, Beginn 19.30 Uhr, Historisches Museum Frankfurt, Römerberg.
Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung unter dem Stichwort „Bürgergespräch“ ist erforderlich unter www.faz.net/veranstaltungen

- 1.) **A**rmutsbekämpfung durch wachstumsorientierte Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik
- 2.) **B**evölkerungswachstum eindämmen (Untätigkeit, seit 1998 keine Weltbevölkerungskonferenz, (Verachtfachung in 100 Jahren, unlösbare Explosion?)
- 3.) **C**limate-Klimaschutz nur bedingt wirkungsvoll
- 4.) **W**affenembargo bei Bürgerkriegen, nicht effektiv
- 5.) **F**olgen- und **F**lüchtlingsmanagement, chaotisch (Lösung durch Regionalisierung?) N.B: **O**rganisation des Staatswesens angepasst? Sowie Terror als destruktiver Lösungsansatz (Hass).

Kurieren an Symptomen? Folgen lindern?
Größere Schuhe anziehen?

Die 5 Hauptprobleme und der Terror

Armut, **B**evölkerungswachstum, **C**limate Change - , Bürgerkriegs- **W**affen, **F**lüchtlings-**F**olgen

sowie Terror.

2.3 Gauck in Nigeria für politische, gesellschaftliche und wirtschaftl. Ursachenbekämpfung FAZ 10.2.16



Kulturprogramm: Gauck mit Lebensgefährtin Daniela Schadt und Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka in Lagos Foto dpa

Gauck lobt Nigerias Kampf gegen Boko Haram

Bundespräsident Joachim Gauck hat bei seinem Besuch in Nigeria die Anstrengungen des nigerianischen Präsidenten Muhammadu Buhari gegen die islamistische Terrormiliz Boko Haram ausdrücklich gewürdigt. In einem Interview mit der nigerianischen Zeitung „The Guardian“ sagte Gauck allerdings auch, zum Kampf gegen den Terrorismus gehöre ebenfalls, gegen die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ursachen des Terrors vorzugehen. Die Erfolge von Boko Haram bei der Rekrutierung von Kämpfern werden unter anderem der allgegenwärtigen Korruption in Nigeria zugeschrieben. Gauck hält sich insgesamt vier Tage in Nigeria auf. Der Bundespräsident wird auf der Reise von seiner Lebensgefährtin Daniela Schadt

und einer Wirtschaftsdelegation begleitet. Am Dienstag warb Gauck bei einem Treffen mit dem Gouverneur des Bundesstaats Lagos, Akinwunmi Ambode, für das deutsche System der dualen Berufsausbildung. Der Gouverneur wiederum wünschte sich mehr deutsche Investitionen. In Nigeria sind rund 100 deutsche Firmen tätig. Die größte Volkswirtschaft Afrikas leidet unter dem Verfall der Rohölpreise. Rund 90 Prozent seiner Deviseneinnahmen bezieht Nigeria aus dem Handel mit Öl; der Preisverfall hat zusammen mit den Kriegsanstrengungen im Kampf gegen Boko Haram ein Loch von zwölf Milliarden Dollar in den nigerianischen Haushalt gerissen. Gauck traf am Dienstag auch den Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka, der als einer der

schärfsten Kritiker der Korruption in Nigeria gilt. Am Mittwoch wird der Bundespräsident in der Hauptstadt Abuja vor der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (Ecowas) sprechen, bevor er am Donnerstag mit Präsident Buhari zusammentrifft. Buhari hat nach seinem Wahlsieg im vergangenen Jahr ein konsequentes Vorgehen gegen Boko Haram angekündigt und der Korruption den Kampf angesagt. Sein ehrgeiziges Programm wird durch die angespannte Haushaltslage allerdings gebremst. Am Freitag wird der Bundespräsident nach Mali weiterreisen, wo er nahe der Hauptstadt Bamako das Ausbildungslager der Europäischen Union für die malische Armee besuchen wird, das gegenwärtig unter deutschem Kommando steht. (tos)

Aber: Die politische Zuständigkeit liegt zu 100% auf der Ebene der Entwicklungsländer, sowohl was die Ursachen als auch was die Folgen betrifft.

Problem Nr. 1 Armut: 90% aller Devisen Nigerias nur Öl; nach 55 Jahren Unabhängigkeit keine Industrie.

Problem Nr. 4 Bürgerkriegs-Waffen gegen Boko Haram:

Staatenbildung (nation building aus eigener Kraft) hat offensichtlich versagt.

Auseinanderbrechen von Staaten (Indien-Pakistan, Israel-Palästina, Eritra-Äthiopien, Sudan-Südsudan, Somaliland- Somalia, Jugoslawien,) zuweilen unvermeidbar.

A und O: Organisation des Staatswesens: Demokratie, aber Korruption bleibt.

Moralischer Betroffenheits-Journalismus reicht nicht bei

2.3 Der clash bei uns: Flüchtlingsproblematik und Ursachenforschung

MONTAG, 9. MAI 2016 · NR. 107 · SEITE 17

b2mf soll von 2800 Mitarbeitern auf 4800 aufgestockt werden

Asylbewerber kosten wohl 150 bis 200 Milliarden Euro

ZEW-Berechnung / Feld für „Flüchtlingsanleihen“

ppl./gb. FRANKFURT, 8. Mai. Wenn die Integration von einer Million als Asylbewerber zugewanderten Menschen in den Arbeitsmarkt schlecht läuft, kommen auf den deutschen Staat über die Jahrzehnte Nettokosten von bis zu 400 Milliarden Euro zu. Das ist das Negativszenario einer Berechnung, die der Finanzwissenschaftler Holger Bonin vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in einer Studie im Auftrag der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung veröffentlicht hat. Gelingt die Integration der anerkannten Asylbewerber schneller, reduziert das den Kostenblock für den deutschen Steuerzahler.

Im optimistischsten Szenario könnten die Migranten im Laufe ihres ganzen Lebens sogar mehr Steuern und Abgaben zahlen, als sie an Transfers beziehen und dem Staat anfangs Asyl- und Integrationskosten verursacht haben. Öffentliche Ausgaben für die Qualifikation könnten die Situation entscheidend verbessern und sich längerfristig auszahlen, betonte Bonin. Die Summe von rund 400 Milliarden Euro Kosten errechnete er für den Fall, dass die Integration von einer Million Migranten in den Arbeitsmarkt zwanzig Jahre dauere und die Asylzuwanderer nur Stellen für Geringqualifizierte erhalten. Gelingt die Integration dagegen innerhalb von zehn Jahren und schafften fast 100 Prozent den Abschluss einer Berufsausbildung, könnte der deutsche Staat fiskalisch unter dem Strich von der Asylbewerberwelle sogar profitieren. Die sogenannte Nachhaltigkeitslücke im Staatshaushalt würde dann geringer.

„Die 400 Milliarden Euro sind ein Extremszenario“, sagte Bonin dieser Zeitung. „Damit rechne ich nicht.“ Allerdings ist seine Einschätzung nicht so positiv, wie es die Zusammenfassung der Böll-Stiftung nahelegt, die vor allem die mögliche Entlastung des Staatshaushalts durch Beiträge der Flüchtlinge hervorhebt. Bonin sagte, er halte „Gesamtkosten von 150 bis 200 Milliarden Euro für wahrscheinlich“. Dies seien beträchtliche Summen, deren Finanzierung sich aber auf viele Jahre verteile. In der Studie schreibt er, die fiskalische Belastung für die Einheimischen sei „noch einigermaßen beherrschbar“. Sie wirkt geradezu klein im Vergleich zur ohnehin beste-

henden Nachhaltigkeitslücke im Staatshaushalt und in den Sozialsystemen durch die Alterung der Gesellschaft. Diese beträgt nach Bonins Berechnung 1154 Euro je Kopf im Jahr. Sie würde im Szenario einer misslingenden Integration um 7 Prozent steigen. Bonin unterstrich, dass die Aufnahme von Flüchtlingen Staat und Gesellschaft etwas koste, sei kein Argument für Abschottung, sondern der Preis humanitärer Werte.

Andere Forscher rechnen ebenfalls mit einer hohen fiskalischen Belastung durch die Flüchtlingswelle. Gabriel Felbermayr vom Ifo-Institut sagte zu Bonins Berechnung, dessen Szenarien, auch die pessimistischen, seien „recht optimistisch angelegt“. Sie ignorierten, dass ein hoher Anteil der anerkannten Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren werde, wenn das möglich sei. Somit seien die Investitionen in ihre Integration hierzulande ohne Ertrag. 60 Prozent der Asylbewerber, die im vergangenen Jahr zu zwei Dritteln überwiegend junge Männer waren, würden ihre Familien nachholen. Die nachgeholteten Frauen aus den betreffenden Kulturkreisen würden seltener arbeiten und seltener Steuern und Abgaben zahlen. Das verschlechtere die Bilanz weiter. Immigranten aus den betreffenden Regionen würden früheren Erfahrungen zufolge permanent niedrigere Einkommen haben als Einheimische und seien dauerhaft eine Belastung der Sozialsysteme.

Lars Feld, Mitglied des Sachverständigenrats, plädiert mit anderen Ökonomen für die Auflegung sogenannter „Flüchtlingsanleihen“ auf EU-Ebene als ein Finanzierungsmittel in der Flüchtlingskrise. Die Krise sei ein „permanentes und gemeinsames europäisches Problem“, heißt es in einem auf der Internetplattform www.voxeu.org veröffentlichten Beitrag, den unter anderem auch das frühere Sachverständigenratsmitglied Beatrice Weder di Mauro unterzeichnet hat. Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise seien zusätzliche Mittel nötig, und die Finanzierung durch Anleihen könne zu „einer neuen finanziellen Architektur in der Europäischen Union“ beitragen. Die Anleihenfinanzierung sei auch angemessen, weil die Flüchtlinge heute Kosten erzeugten, aber nach einer Integration später zum Wohlstand beitragen würden.

1950

Bundesgesetzblatt Jahrgang 2004 Teil I Nr. 41, ausgegeben zu Bonn am 5. August 2004

Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz)

Vom 30. Juli 2004

Mit diesem Gesetz wird erstmals ein Rechtsrahmen vorgegeben, durch den die Zuwanderung im Ganzen gesteuert und wirksam begrenzt werden kann. Gleichzeitig werden erstmals Maßnahmen zur Integration der auf Dauer rechtmäßig in Deutschland lebenden Zuwanderer gesetzlich verankert.

2.4 Grenzen des Konfliktmanagements

1. Methodik

Zielorientierte Projektplanung ZOPP

2. Beteiligten-Analyse (Hidden Agenda)

3. Grenzen erkennen

3.1 juristische, finanzielle eigene Grenzen

(Zuständigkeit mit befreundeten Nationen prüfen und Förderung nur vorsehen bis zur Grenze des Finanzrahmens (vgl. E-Mobil-Förderung, Energie-Förderung)

3.2 Grenzen der Partner/Gegenseite erkennen

(vgl undefinierte Ost-Grenzen in Afghanistan, in Israel)

4. Sach-Entscheidung

(im Gegensatz zu emotional gefärbten Vorschlägen wie z.B. im rororo-Buch "SCHICKSAL AFRIKA" von Horst Köhler.

Rezension in ggrg 1/2010)



Kirgisischer Jammer

Zu „Umsturz in Kirgistan / Dutzende Tote und Hunderte Verletzte“ (F.A.Z. vom 8. April): Aus dem früheren Mitglied einer stolzen Weltmacht (UdSSR), das jahrzehntelang die Teilhabe an deren Sozialniveau gewohnt war, ist nach und in Folge der wirtschaftlichen Unabhängigkeit in den letzten fünfzehn Jahren notgedrungen ein armes Entwicklungsland auf afrikanischem Niveau geworden, das heute noch unterhalb des Niveaus zum Beispiel des Senegal leben muss und das so gut wie keine Aussicht hat, daran etwas zu ändern. Denn auch heute noch betragen die Importe mehr als das Doppelte der Exporte, und die Inflation erreicht zwanzig Prozent pro Jahr. Dass der Lebensstandard heute nur noch ein Zwölftel desjenigen Russlands (610 Dollar statt 7530 Dollar pro Kopf) beträgt, liegt daran, dass eine hochsubventionierte sowjetische Provinz für sich die politische Unabhängigkeit erklärte, ohne irgendeine wirtschaftliche Basis für einen eigenen Staat zu haben. Preiserhöhungen und Korruption gibt es woanders auch. Aber die abgrundtiefe Enttäuschung über die früher so hochgelobte Unabhängigkeit, die wirtschaftlich nichts besser, sondern alles bedeutend schlechter gemacht hat, wird die Republik Kirgistan wohl ihr Leben lang begleiten. Die Erregung der betrogenen Massen ist verständlich.

DR. GERHARD METSCHIES, KELKHEIM

Beispiel Frankreich

Zu „Der potenzierte Balkan – Russland

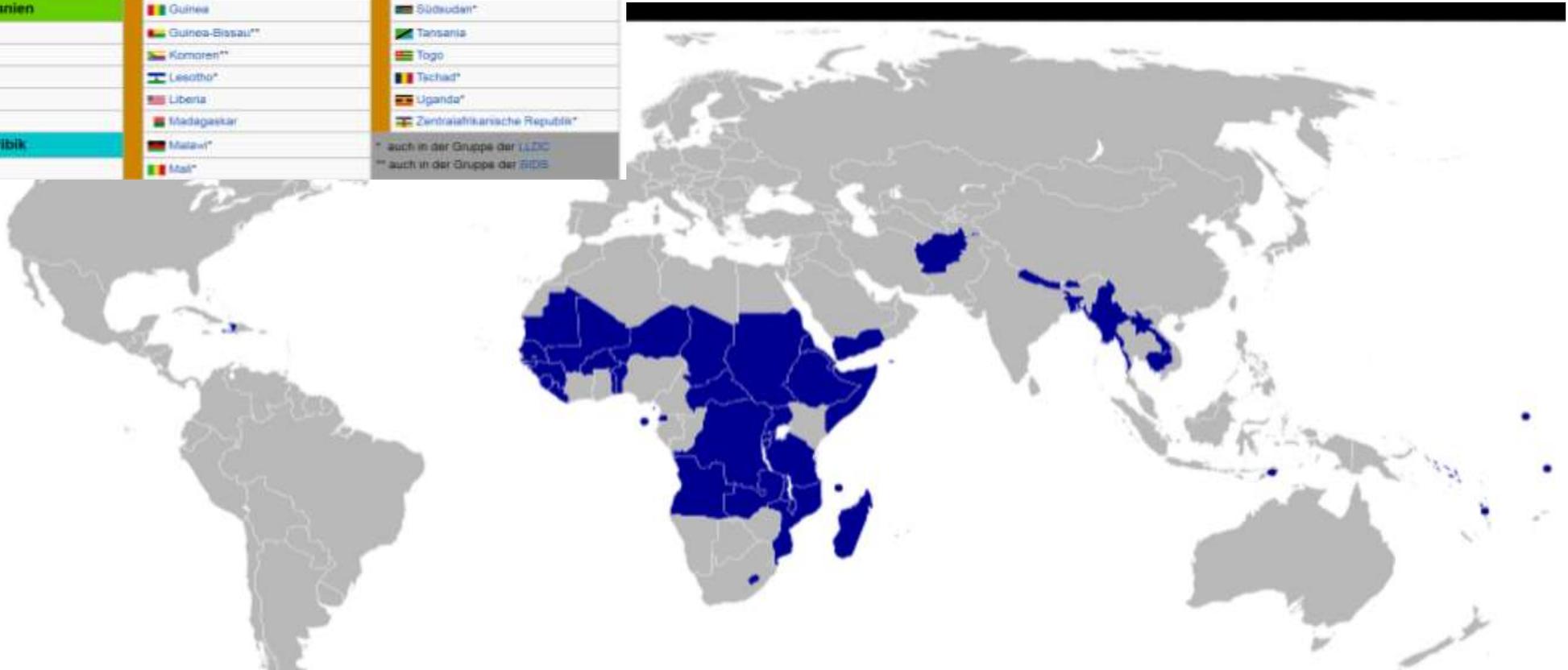
3.1 Stärkung der UN – Treuhandfunktionen vor allem bei fehlendem nationbuilding (Somalia, Burundi, ZAR, Mali, Libyen, etc.)

LLDC –Länder (4. Welt)

//de.wikipedia.org/wiki/Least_Developed_Countries

Asien	Afrika
Afghanistan*	Angola
Bangladesch	Äquatorialguinea
Bhutan*	Äthiopien*
Jemen	Benin
Kambodscha	Burkina Faso*
Laos*	Burundi*
Myanmar	Demokratische Republik Kongo
Nepal*	Dechibuti
Osttimor**	Eritrea
	Gambia
Ozeanien	Guinea
Kiribati**	Guinea-Bissau**
Salomonen**	Komoren**
Samoa**	Lesotho*
Tusvalu**	Liberia
Vanuatu**	Madagaskar
Karibik	Mali*
Haiti**	Mauritanien
	Mosambik
	Niger*
	Ruanda*
	Sambir*
	São Tomé und Príncipe**
	Senegal
	Sierra Leone
	Somalia
	Sudan
	Südsudan*
	Tansania
	Togo
	Tschad*
	Uganda*
	Zentralafrikanische Republik*

* auch in der Gruppe der LLDC
** auch in der Gruppe der SIDS



3.2 Änderung der OECD – Kriterien ?

SEITE 16 · DONNERSTAG, 14. APRIL 2016 · NR. 87

Wirtschaft

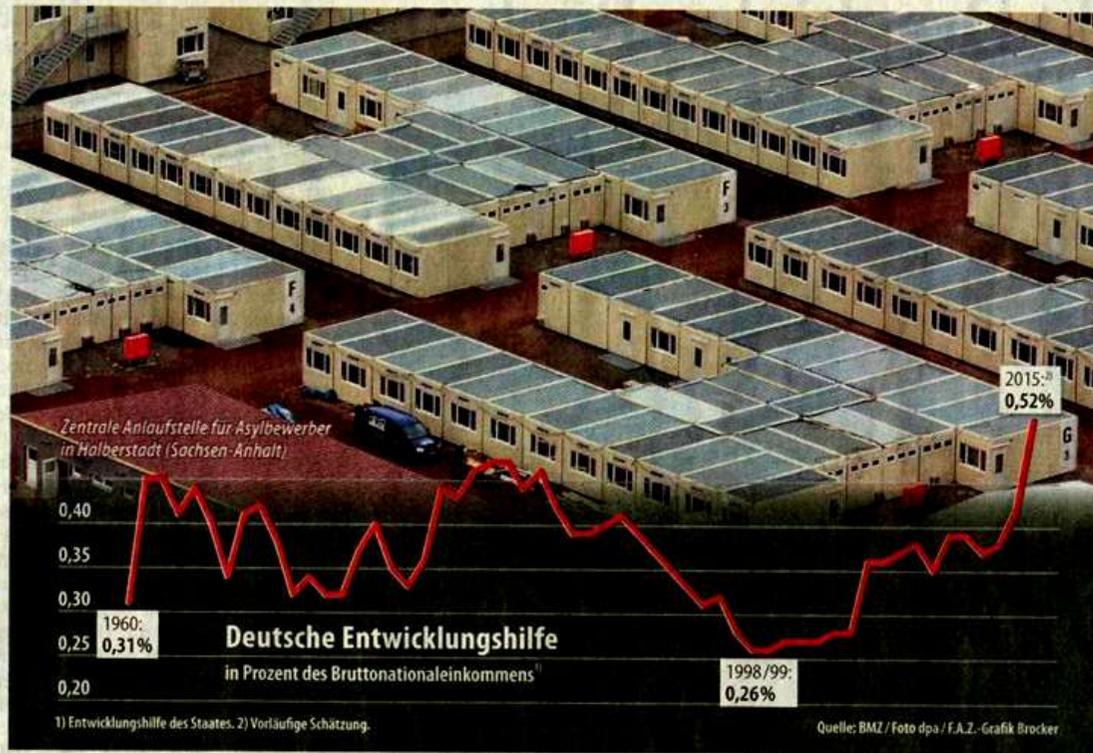
Asylkosten schönen Bilanz zur Entwicklungshilfe

Die deutsche Hilfgelderquote steigt auf 0,52 Prozent der Wirtschaftsleistung und kommt damit dem Ziel von 0,7 Prozent näher. Dabei durften 3 Milliarden Euro Asylkosten eingerechnet werden.

mas. BERLIN, 13. April. Deutschland hat seine Entwicklungsausgaben so stark gesteigert wie selten zuvor und nähert sich in großen Schritten dem internationalen 0,7-Prozent-Ziel. Im vergangenen Jahr stieg die offizielle Entwicklungshilfe Berlins um ein Viertel auf 0,52 Prozent der Wirtschaftsleistung. 2014 hatte die Quote 0,42 Prozent betragen. Ein Grund für die deutliche Ausweitung ist die Aufstockung des Etats von Minister Gerd Müller (CSU). Erheblich wichtiger ist allerdings ein anderer Effekt: die großen Ausgaben für Flüchtlinge. Dabei hat die Bundesregierung den Spielraum, diese Ausgaben bei der offiziell berechneten Quote zu berücksichtigen, bei weitem nicht ausgeschöpft.

Berücksichtigt wurden in den Statistiken für Deutschland, die die Industrieländerorganisation OECD am Mittwoch vorgelegt hat, nur etwas mehr als 200 000 Flüchtlinge. Im vergangenen Jahr sind mehr als 1 Million Menschen als Asylmigranten nach Deutschland gekommen, die Mehrheit davon in der zweiten Jahreshälfte. Der allergrößte Teil der Asylbewerberskosten wird sich erst in den Hilfszahlen für das Jahr 2016 wiederfinden. Ein weiterer Sprung in Richtung der international festgelegten Zielmarke für die Entwicklungshilfeausgaben ist absehbar. „Die Richtung zeigt klar nach oben“, hieß es im Entwicklungsministerium.

Die Ministerien für Entwicklung und Finanzen haben lange über das Verfahren gerungen, wie man die Kosten aus dem Asylbewerberansturm berücksichtigen sollte. Zuvor haben sie nie eine nennens-



sind demnach die Kosten aus der zweiten Jahreshälfte 2014 und den ersten sechs Monaten des Jahres 2015 eingeflossen, also bevor die Flüchtlingszahlen in die Höhe schossen. Das Finanzministerium war an einer realitätsnäheren Bewertung interessiert gewesen, hieß es in Regierungskreisen. Das Entwicklungsministerium war eher an einer Glättung interessiert, damit die Zahlen nicht nur kurzfristig in die Höhe schnellen, um danach umso stärker wieder zurückzufallen.

Das Entwicklungshilfeministerium von Müller legt Wert auf den Hinweis, dass

Flüchtlingskosten von 2,7 Milliarden Euro berücksichtigt. Sie machen 17 Prozent der offiziellen Entwicklungsausgaben aus (sogenannte Official Development Assistance – ODA). Für Schweden wird mit 34 Prozent ein doppelt so hoher Anteil ausgewiesen, aber auch in Österreich, Italien und den Niederlanden sollen die Flüchtlingskosten mehr zu den ODA-Werten beigetragen haben.

Die deutschen Entwicklungshilfeausgaben stiegen vergangenes Jahr auf den Rekordwert von 17,8 Milliarden Dollar (umgerechnet 15,6 Milliarden Euro), wie die

erheblichen Steigerung des Haushalts des Entwicklungsministeriums Rechnung“, sagte Müller nach Veröffentlichung der neuen Zahlen. Höhere Flüchtlingskosten in Deutschland seien dabei keine Konkurrenz für das Ziel, den Flüchtlingen in der Krisenregion rund um Syrien zu helfen. „Jeder Euro, den wir vor Ort in Bleibeperspektiven investieren, bewirkt zwanzigmal mehr als in Deutschland.“

Die Grünen-Politiker Uwe Kekeritz und Anja Hajduk kritisierten, die Erhöhung der deutschen Hilfsquote sei nicht Ergebnis zusätzlicher Investitionen und Unter-

Asylkosten verdoppeln
Entwicklungshilfe
Von 0,26% BSP (1999)
Auf 0,52 % BSP (2015)

3.3 Neu-Orientierung der EZ, Focus Arbeitslosigkeit der Jugend

Kernproblem: Jugend - Arbeitslosigkeit

Idealismus in Alter Zeit
(Seelenmassage als Instrument westlicher Gesinnungsethik)



In 1799 in Weimar) stimmt Goethe mit Hofgesellschaft auf die Klassik ein
Gemälde von Theobald Fischer (um 1800)

Prof. Schiller stimmt Staatsminister Goethe mit seinem Hofstaat auf die Klassik in Weimar ein

Schiller 1799:

*„Derweilen bis den Gang der Welt
Philosophie zusammenhält,
ernährt sich das Getriebe
durch Hunger und durch Liebe.“*

**Endet die Harmonie
mit einem
Kampf der Kulturen ?**

200 Jahre später:

Bis den Gang der Welt
die Theorie zusammenhält,
ernährt sich das Getriebe
durch Arbeitshunger,
Hass und Liebe.

**Pragmatismus
der Moderne**

erfordert eine
ergebnisorientierte
Verantwortungsethik



Angesichts drückender Arbeitslosigkeit entstehen neue private Arbeitsplätze in den Bretterbuden-Slums der Millionenstadt Addis Abeba

3.4 Aufbau einer Weltflüchtlingsordnung angesichts des wachsenden Bevölkerungsdruckes

*Neue Länderdarstellung: Bevölkerungsdruck ,hier **Jugend unter 15 Jahren***

Darstellung der im Jahre 2002 lebenden Bevölkerung im Alter von bis zu 15 Jahren in der Welt



Update 2014:
(nach 2016
Weltalmanach)

Bevölkerung unter 15 Jahr Mio.

Deutschl.	10,4
Frankreich	11,9
	zus. 22,3 Mio.
Türkei	20,0
Syrien	8,2
Ägypten	25,0
Sudan	15,9
Afghanist.	14,3
Marokko	9,4
Nigeria	78,5
Äthiopien	40,1
Pakistan	61,0
Indien	367,4
China	247,0

Fazit: In Zukunft werden – anhand der jetzt schon existierenden Jugendlichen (im Alter bis 15 Jahre) – jeweils Äthiopien oder die Türkei soviel Einwohner haben wie Deutschland und Frankreich zusammen.

(© WAMS 25.06.2006 bzw. www.worldmapper.org.)

Ein Dank
für die ZEIT des Zuhörens,
die Sie mir geschenkt haben.